



Freier Horizont e.V. · Am Schmorter See 8 · 17217 Penzlin

Bundeskanzleramt / Bundeskanzlerin
Dr. Angela Merkel
Willy-Brandt-Straße 1
10557 Berlin

FREIER HORIZONT e.V.
Aktionsbündnis gegen
unkontrollierten Windkraftausbau
Vorsitzender
Norbert Schumacher
Am Schmorter See 8
17217 Penzlin
info@freier-horizont.de

Datum: 06.02.2016

Offener Brief als Antwort auf den "Wismarer Appell" anlässlich des Norddeutschen Energieipfels am 25.01.2016 in Wismar

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,

der am 25. Januar 2016 von den Ministerpräsidenten aus Bremen, Hamburg, Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein sowie der Windindustrie verabschiedete sogenannte „Wismarer Appell“ veranlasst uns, die Vertreter von Bürgerinitiativen Mecklenburg-Vorpommerns, Niedersachsens und Schleswig-Holsteins zu dieser Gegendarstellung in Form eines offenen Briefes.

Die Ministerpräsidenten unserer Länder wollen zusammen mit den direkten Profiteuren einer ausschließlich subventionsgestützten Wirtschaftsbranche zu Lasten der Mehrheit der Bürger die rücksichtslose großflächige Zerstörung der natürlichen Lebensräume und wertvollen Kulturlandschaften Norddeutschlands betreiben.

Ganz Norddeutschland soll nach dem Willen der SPD-geführten nördlichen Landesregierungen zu einer Windindustrie-Wüste verkommen.

Ein Ende des forcierten Ausbaus von Windkraftanlagen soll es nach dem erklärten Willen der Ministerpräsidenten nicht geben. Die für das Wohl aller Menschen in den nördlichen Bundesländern Verantwortlichen fordern sogar den Verzicht auf Obergrenzen für Windstrom im deutschen Energiemix, damit eben diese subventionsgestützte Wirtschaft eine "Verlässlichkeit" hat.

Unzuverlässigkeit der Technologie

Eine Verlässlichkeit brauchen allerdings weniger die Hersteller von Windkraftanlagen als vielmehr das Stromnetz. Windkraftanlagen sind Strom-Erzeugungseinheiten, die auch 5 Jahre nach Proklamation der Energiewende in Deutschland und trotz massiven Zubaus keinen nennenswerten Beitrag zu einer grundlastfähigen Stromeinspeisung und zu einer Netzstabilität leisten.

Seite 1 von 3

Das liegt nicht an einem Mangel an Windkraftanlagen oder an bösem Willen, sondern einzig und allein an der Tatsache, dass Wind unkalkulierbar weht. Daran wird weder ein massiver Zubau dieser ineffizienten Erzeugungseinheiten noch ein Leitungsausbau etwas ändern, solange eine Lösung des Speicherproblems nicht gefunden ist.

Speicherung ist unabdingbar, wenn der "Windstrom" einen sinnvollen Beitrag zur Energiewende leisten soll.

Derzeit müssen bei Flaute konventionelle Kraftwerke zusätzlich zur Grundlast auch die Regellast sicherstellen und arbeiten deshalb in einem ineffizienten Stotterbetrieb. Die unzuverlässigen Windstromanlagen können also keinen nennenswerten Beitrag zur CO₂-Einsparung leisten.

Eine Technologie, die auch nach über 20 Jahren Subventionierung noch immer nicht marktfähig ist, darf nicht zu Lasten der Bürger weiter getragen werden.

Unsoziales Fördersystem

Die angeblich boomende Wirtschaft im Bereich der erneuerbaren Energien - besonders der Windindustrie - geht einzig und allein auf das Erneuerbare Energien Gesetz (EEG), also auf verdeckte Subventionen, zurück und stützt sich folglich ausschließlich auf die massiven Zahlungen der Bürger.

Durch die gesetzliche Einspeisevergütung, die auch bei Maßnahmen der Netzstabilisierung und bei Abregelung der Anlagen gezahlt wird, belaufen sich die Kosten für diese Eingriffe bundesweit im Jahr 2015 auf 1 Milliarde Euro.

Die angeblich durch den Bau von Windkraftanlagen billige Energiewende hat nicht zu einer Senkung der Stromkosten geführt. Die hohen Strompreise stehen hohen Profiten bei den Projektierern, Betreibern und Herstellern von WKA, den Banken sowie den Landbesitzern gegenüber. Die einen zahlen (immer mehr), die anderen profitieren (immer mehr), ohne dass die Umweltziele damit nachhaltig erreicht werden.

Eine Beschneidung dieses lukrativen Geschäftes durch Reduzierung der Einspeisevergütung ist natürlich nicht im Interesse der Windkraftbranche.

Nun stellen wir die Frage, warum die Verantwortlichen der Landesregierungen in Gemeinschaft mit den Profiteuren der Windkraftbranche eine Fortführung dieses fehlgeleiteten Subventionierungssystems fordern.

Finanzielle Interessen einiger weniger dürfen nicht höher stehen als die Wohlfahrt vieler.

Unkalkulierbare Folgen für die Gesundheit

Die Menschen in den ländlichen Gebieten werden ihrer Heimat und ihres Schlafes beraubt. Immer größere Industrieanlagen aus Beton und Stahl rücken dichter an die Wohnungen. Die angfristigen Folgen von Schlafmangel sind hinreichend bekannt, weitere Auswirkungen einer Infraschall-Langzeitexposition auf den menschlichen Organismus sind nicht ausgeschlossen.

Wohneigentum - häufig die einzige Altersabsicherung - wird seines Wertes beraubt. Kalte Enteignung findet so in großen Maßstab statt, mit wiederum nicht kalkulierbaren Folgekosten für die Volkswirtschaft.

Wir fordern

Die Dachverbände der Bürgerinitiativen Norddeutschlands weisen darauf hin, dass die Ministerpräsidenten der Länder Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen ihre Vorsorgepflicht den Menschen in ihrem Land gegenüber vernachlässigen.

Wir weisen darauf hin, dass diese Ministerpräsidenten gegen den Artikel 2 des Grundgesetzes verstoßen, indem sie den Ausbau der Windkraftanlagen bis auf den letzten Quadratmeter an die Wohnhäuser der Menschen heran forcieren.

Wir weisen darauf hin, dass die norddeutschen Landschaften sinnlos ausgebeutet und zerstört werden.

Daher fordern wir eine bundesweit einheitliche Abstandsregelung zwischen jedweder Wohnbebauung und Windkraftanlagen, die mindestens dem 10-fachen der Anlagenhöhe entspricht.

Im Einklang mit der ideologisch und finanziell unabhängigen Wissenschaft fordern wir auch, das Fördersystem „EEG“ ersatzlos abzuschaffen und sehen mit großen Erwartungen Ihrer Antwort entgegen.


Dr. Susanne Kirchhof



Für Mensch und Natur -
Gegenwind Schleswig-Holstein e.V.



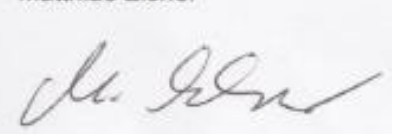
Michael Roof



Aktionsbündnis Freier Horizont
Mecklenburg-Vorpommern



Matthias Elsner



Vernunftkraft -
Landesverband Niedersachsen

